

Weissbuch – nicht nur schwarz

Der bildungspolitische Vorstoss der Akademien in der Debatte

NZZ, 26.9.09

Mit ihrem Dokument «Zukunft Bildung Schweiz» haben die Akademien Ärger erregt. Sie dürften aber auch positive Anstösse gegeben haben.

C. W. Biel. Die Diskussion hatte rascher und anders als geplant begonnen: Als die Akademien der Wissenschaften Ende August ihr Weissbuch zur Bildung publizierten, bezeichnete der Hauptautor, Walther Ch. Zimmerli, Präsident der Technischen Universität Cottbus, in einem NZZ-Interview die Berufsbildung als Auslaufmodell und löste heftige Reaktionen aus. Dass es im Text um eine nationale Hochschulpolitik und um eine starke Ausweitung der gesamten tertiären Bildung geht, dass gleichzeitig eine zusätzliche Selektion vor den Hochschulen gefordert wird, dies und noch anderes wurde verdrängt. An einer Tagung in Biel haben die Akademien nun ihre Postulate einer organisierten Debatte ausgesetzt.

Konsens hinter dem Ärger

Die Kritik der Vertreter von Institutionen war (im Unterschied zum Publikum) nicht milder. Das Ergebnis zweijähriger Arbeit sei enttäuschend, hiess es; man zweifelte, ob die Autoren Realitäten wie das Wachstum und die Reformdynamik der Berufsbildung zur Kenntnis genommen hätten, und man sah in manchen «Visionen» altbekannte Postulate, die teilweise bereits erfüllt würden, während im Weissbuch wenig über die Umsetzung zu finden sei. Unbestritten ist etwa die Bedeutung der Lehrpersonen und ihrer Ausbildung oder das Prinzip, die relativ autonomen Bildungsinstitutionen hätten Kompetenzen statt nur Wissen zu vermitteln und es sei zu überprüfen, in welchem Mass sie die Bildungsziele erreichen.

Unter Zustimmung von Staatssekretär Mauro Dell'Ambrogio mahnte Peter Sigerist, Zentralsekretär des Gewerkschaftsbunds, ein Streit innerhalb der «Bildungsfamilie» würde die geforderte Erhöhung der staatlichen Aufwendungen verunmöglichen. Allerdings fragt sich, ob im allgemeinbildend-akademischen Sektor eine Expansion zulasten des berufsorientierten Wegs überhaupt befürwortet wird. Und indirekt zeigte sich, dass über die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen von der Frühförderung bis zur Weiterbildung Konsens herrscht.

Fachkräftemangel

Ursula Renold, Direktorin des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie, rückte den Fachkräftemangel ins Zentrum. Namentlich im Gesundheitswesen, im Ingenieurbereich und just auch in der Lehrerschaft könne der wie in vielen anderen Ländern bestehende Bedarf nicht einfach durch Einwanderung gedeckt werden. Ein nur für die Bildung zuständiges Bundesdepartement – ein gängiges Postulat – wäre relativ klein. Den Kantonen traute man mehrere Votanten durchaus zu, für Erneuerung und Koordination zu sorgen. Doch Föderalismus und direkte Demokratie sind auch für Heinz Rhy, Mitarbeiter der Erziehungsdirektorenkonferenz, kein Tabu, wenn sich die Debatte nicht auf das Bildungswesen beschränke.

Dass noch einiges zu tun sei, betonte zum Schluss Ernst Buschor als Vertreter des Forums Bildung. In einem Papier kritisiert er «überlässene Genehmigungsverfahren für Hunderte von Ausbildungen», die viel zu hohe Zahl von 130 Institutionen der tertiären Berufsbildung und eine unausgewogene Verteilung der Mittel auf die Bereiche. Die Akademien erwägen nun, eine Plattform zur Fortführung der langfristig ausgerichteten Diskussion zu schaffen.